



Kopie an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Eidgenössischen Politischen Departements, Bern, zur Kenntnisnahme

*A. Berniker*

den 9. Februar 1972

053.0.Isl. - HU/jh

VERTRAULICH

An die Abteilung  
für Verwaltungsangelegenheiten  
des Eidgenössischen Politischen Departements  
3003 B e r n

an	MB	RS	FKRL	DZ		a/a
Datum	15.2.	15.11.	21.2.	21.2.		
Visa	MB	RS	FKRL	W		
EPD 15. Feb. 1972						
Ref. p. 3. 73. Isl. 0.						

Beglaubigung in Island

Herr Botschafter,

Gestützt auf Ihre telegrafische Ermächtigung vom 17. Januar habe ich mich zur Ueberreichung meines Beglaubigungsschreibens am 30. Januar nach Reykjavik begeben. Am 1. Februar wurde ich vom isländischen Präsidenten Kristjan Eldjarn in seiner etwa 15 km von Reykjavik entfernten Residenz Bessastadir in Audienz empfangen und überreichte ihm die obenerwähnte Urkunde, was ich Ihnen mit Telegramm vom gleichen Tage bestätigt habe. Meine Rückkehr nach Oslo erfolgte am 3. Februar.

Während meines Aufenthaltes in der isländischen Hauptstadt habe ich Ministerpräsident Olafur Johannesson meine Aufwartung gemacht, desgleichen auch dem Aussenminister, Einar Agustsson. Ferner habe ich Höflichkeitsbesuche gemacht beim Generalsekretär im Aussenministerium, Pettur Thorsteinsson, beim Staatssekretär im Handelsministerium, Þorhallur Asgeirsson, sowie bei weiteren Chefbeamten, meinen in Island akkreditierten Kollegen, und schliesslich habe ich auch den Bürgermeister von Reykjavik aufgesucht.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Regierungschef gleichzeitig das Amt des Justizministers bekleidet, in welcher Eigenschaft er sich zur Teilnahme an

*nz*

./.



- 2 -

der 7. Europäischen Justizminister-Konferenz im Mai dieses Jahres nach Basel begeben wird. Ich hatte ihm seinerzeit die von Bundesrat von Moos an ihn ergangene Einladung zugestellt und ebenfalls seine Zusage an den Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements weitergeleitet.

Bei meinen Gesprächen mit isländischen Persönlichkeiten brachten diese ausnahmslos ihre Sympathien für unser Land zum Ausdruck. Unsere Neutralitätspolitik steht in Reykjavik hoch im Kurs. Auch hat unsere Prosperität unter den Isländern viele Bewunderer. Neuerdings ist die schweizerische Präsenz in Island durch die Schaffung des grossangelegten Aluminium-Schmelzwerkes der ISAL, einer Tochtergesellschaft der Alusuisse, in besonders eindrucksvoller Weise gewährleistet. Die dank schweizerischer Initiative bei Reykjavik errichtete Schmelzanlage ist für die Wirtschaft Islands von allergrösster Bedeutung. Es wurde mir gegenüber mehrmals besonders betont, dass die Schaffung des fraglichen Unternehmens ausgeschlossen gewesen wäre, falls eine der beiden Supermächte deren Gründung zu Gvatter gestanden hätte.

Einer Einladung des Verwaltungsratspräsidenten der ISAL, Halldor Johnson, Folge leistend, habe ich das imposante Schmelzwerk besichtigt und die dort tätigen Landsleute besucht. Um Ihnen einen Begriff von der Grössenordnung der Anlage zu geben, sei bemerkt, dass beim Abschluss der letzten Bauetappe der jährliche Ausstoss 70'000 t Aluminium erreichen wird.

Die isländischen Politiker, mit denen ich zusammentraf, lenkten jeweilen das Gespräch auf das Problem der Fischereigrenzen. Der Aussenminister wollte von mir sogar wissen, ob die Schweiz die isländische Absicht, die Fischereigrenzen auf 50 Seemeilen zu erweitern - dies entspricht ungefähr dem Ausmass des isländischen Kontinentalsockels - unterstütze!

Ueber dieses Thema möchte ich folgendes ausführen:

Die seinerzeit oppositionelle Progressive Partei hatte vor den Parlamentswahlen vom letzten Juni erklärt, sie würde, wenn sie ans Ruder käme:

./.

- 3 -

- 1) die Fischereigrenzen nicht später als am 1. September 1972 auf 50 Seemeilen auszudehnen
- 2) die Zukunft des NATO-Stützpunktes in Keflavik und insbesondere die Frage der weiteren Stationierung fremder Truppen auf isländischem Boden überprüfen
- 3) eine Neustrukturierung der isländischen Wirtschaft vornehmen.

Diese Stipulationen verhalfen den Progressiven zwar dazu, die Wahlen zu gewinnen. Aber die Lage der Regierung, die sich im Parlament auf bloss 32 der insgesamt 60 Sitze stützen kann, ist äusserst prekär. Nun geht es darum, ob die Regierung die Wahlversprechen einzulösen im Stande ist.

Wie ich mir vom Präsidenten des Parlaments in Reykjavik sagen liess, gedenkt der Ministerpräsident in der Tat, durch einseitige Erklärung die Fischereigrenzen auf den kommenden 1. September auf 50 Seemeilen zu erweitern. (Auch die frühere mehr rechts gerichtete Koalitionsregierung war für einen solchen Schritt eingetreten, jedoch ohne sich an einen bestimmten Zeitpunkt zu binden.)

Nach Auffassung des Präsidenten des Althings (= Parlament) ist die in Aussicht genommene Erweiterung gar nicht so problematisch. Er betrachtet diesen Schritt als eine ganz natürliche und im Landesinteresse gelegene Massnahme, wie sie auch andere Staaten ergriffen hätten, ohne dass man über sie den Stab gebrochen hätte.

Islands Exporte bestünden, so führte mein Gesprächspartner weiter aus, zu fast 90 % aus Fischereiprodukten. Infolgedessen sei die Sicherung des Fischfangs gegen ~~W~~Raubbau für Island eine Existenzfrage. Niemand könne den Isländern das Recht zum Fischfang auf ihrem Kontinentalsockel absprechen, indem der der Küste vorgelagerte Meeresboden als Bestandteil der Insel selbst - und somit als seiner Staatshoheit unterstellt - aufzufassen sei. Der Gesichtspunkt, wonach die sogenannten "natural resources" auf, bzw. im Kontinentalsockel, dem Küstenstaat gehören, werde auch in der Genfer Konvention von 1958 über diese

./.



- 4 -

Materie gutgeheissen. Es entspreche somit der Logik, dass die gleiche Regel auch auf die im Meer vorkommenden "natural resources", innerhalb der Grenzen des Kontinentalsockels, Anwendung fänden.

Der ehemalige isländische Botschafter in Oslo, Andersen, der heute als Rechtsberater seiner Regierung fungiert, ist, wie er mir erklärte, über das geplante Vorgehen Reykjaviks eher unglücklich, da dazu die Rechtsgrundlage fehle. Das Ganze sei eben eher eine politische als eine rechtliche Angelegenheit.

Während meines Aufenthaltes in Reykjavik war gerade eine deutsche Delegation zu Verhandlungen in die isländische Hauptstadt gekommen, und englische Unterhändler waren, wie ich hörte, wenige Tage zuvor da gewesen. Die Bundesrepublik Deutschland und Grossbritannien besitzen nämlich ein aus dem Jahre 1961 datierendes Abkommen mit Island, welches den Fischfang in den Küstengewässern regelt. Diese Abkommen können unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist gekündigt werden und enthalten überdies eine Klausel, wonach bei Streitigkeiten der internationale Gerichtshof angerufen werden kann. Wie ich mir vom Aussenminister sagen liess, gedenkt Island beide Abkommen am 29. d.M. zu kündigen und vertritt im übrigen die Auffassung, dass der internationale Gerichtshof mangels einschlägiger Bestimmungen nicht in der Lage sei, ein auf internationalem Recht fussendes Urteil zu fällen. Anlässlich meines Höflichkeitsbesuches beim deutschen Botschafter in Reykjavik sagte mir dieser vertraulich, dass Bonn ein einseitiges Vorgehen Islands als Verstoss gegen das Völkerrecht auffassen und den Streitfall in Den Haag hängig machen würde.

Meine westlichen Kollegen, die ich über die Zukunft des NATO-Stützpunktes und die weitere Stationierung ausländischer Truppen in Island befragte, waren der Meinung, man werde im Parlament viel darüber reden, aber es dürfte sich wohl kaum viel ändern. Im Zeitpunkt, in dem die Sowjetunion ihren Stützpunkt in Murmansk ausbaue, würde es kaum der Logik entsprechen, wenn Reykjavik den Abzug der gegenwärtig nicht sehr zahlreichen in Island stationierten

./.

- 5 -

Truppen fordern würde. Diese Truppen würden sich äusserster Korrektheit befleissen und verhielten sich besonders diskret, um ja bei der Bevölkerung keinen Anstoss zu erregen. Im übrigen könne man feststellen, dass die Progressive Partei, seit sie die Regierungsverantwortung trage, in politischer Hinsicht allmählich nach rechts rücke, ein weiterer Grund also zur Annahme, dass in Keflavik alles beim Alten bleiben werde.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

sig. HUNZIKER